

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5714

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5714



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 14. Juni 2026

Inhalt

«Reduce to the max!».....	1
12. Juni 2026 Timotheus Bruderer.....	1
“Die Rückkehr zum Wesentlichen ist ein Muss”.....	3
Condorcet.ch, 9. Juni 2026, Interview mit Philipp Loretz.....	3
«Die Bildungsklasse bürdet der Schule alle gesellschaftlichen Probleme auf».....	8
NZZ, 12. Juni 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	8
Basel-Stadt: Lehrer fallen aus – Kosten gehen in Millionen.....	12
nau.ch, 9. Juni 2026, Simon Binz.....	12
Autorität – ein zu Unrecht verpöntes Wort.....	13
10. Juni 2026, Isabelle Mäder- Sigrist , Primarlehrerin.....	13
Sogar Hochbegabte sollen einen Nachteilsausgleich bekommen.....	14
NZZ, 10. Juni 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	14
Sind die Jungen auf dem Land klüger? Städte liegen bei Schulabschlüssen hinten.....	18
Tages-Anzeiger, 9. Juni 2026, Politik & Wirtschaft, Fabio Lüdi.....	18
Anleitung zum Porno für Primarschüler.....	19
Weltwoche, 4. Juni 2026, Philipp Gut.....	19
Schulsport: Obligatorium soll gestrichen werden.....	20
Tages-Anzeiger, 8. Juni 2026, Politik & Wirtschaft.....	20
Das Ende des Lehrmittelmonopols.....	20
NZZ, 9. Juni 2026, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach.....	20

«Reduce to the max!»

12. Juni 2026 Timotheus Bruderer

Mit dem Spruch «Reduce to the max.» ruft Philipp Loretz in seinem Interview mit der «Volksstimme» zu einer mutigen Kurskorrektur auf. Seine Diagnose ist nicht neu, wenn er den Sprachzerfall, den überfrachteten Lehrplan und die sinkende Aufmerksamkeitsspanne der Kinder benennt. Auch der Seitenhieb an die Bildungspolitik, die Schule befände sich in einem politisch verordneten «Sightseeing-Modus», bereitet zwar ein trauriges Schmunzeln, erstaunt aber längst nicht mehr. Ge-



konnt fasst der Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselbiet seine Beurteilung zusammen: «Die Schule ist nicht die Reparaturwerkstatt der Gesellschaft.» Jean-Michel Héritier, Primarlehrer und Präsident der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt schlägt in dieselbe Kerbe, wenn er die Ursache für den steigenden Lehrerausfall in seinem Kanton benennt: «Die Gesellschaft übertrage den Lehrpersonen ständig neue Aufgaben und Pflichten.»

Die Suppe löffeln andere aus

Auf die Frage, warum dieser Zustand akzeptiert wird, nimmt Roland Reichenbach in seinem Interview mit der NZZ kein Blatt vor den Mund: «Weil es die Menschen, die in der Bildungslandschaft die Entscheidungen treffen, nicht direkt betrifft. Ich nenne sie die «Bildungsklasse».» Konkret: Kinder, Lehrpersonen und Eltern löffeln die Suppe aus, welche die Bildungspolitiker und praxisferne Akademiker eingebrockt haben. Es ist das klassische, traurige Bild, das generell unsere Politik leider immer mehr ausmacht. Wie weit dieses Abschieben gesellschaftlicher Aufgaben an die Schule gehen kann, zeigt der «Porno-Fall» im Kanton St. Gallen, wo eine externe Sexualberatung im Klassenzimmer deutlich über das Ziel hinausschoss.

Der Nachteilsausgleich wird zum Nachteil

Wie schief die Lage ist, zeigt mittlerweile auch der ad absurdum geführte Umgang mit dem Nachteilsausgleich an den Schulen. In der in der NZZ aufgeführten Familie sieht der Vater durch einen Nachteilsausgleich mittlerweile mehr Nachteile für seine Töchter. Treffend beschreibt die Bildungsexpertin Esther Ziegler diese Gefahr: Während die Schule ein Ort sein sollte, an dem man lernen kann, Schwächen aufzuarbeiten, passiere heute das Gegenteil. Die Schulen senken das Niveau, weil sie jedes Defizit, das ein Schüler habe, kompensieren wollten.

Wenn der Schuss nach hinten losgeht

Mit der Individualisierung an den Schulen wollte man die Lernschwachen fördern. Doch führt dieser Ansatz bei vielen Lehrpersonen dazu, dass sie «die Schüler in Einzelarbeiten oder in einer Lernlandschaft sich selber überlassen», wie Isabelle Mäder-Sigrist in ihrem Leserbrief schreibt. Das grosse «Zwei am Rücken» tragen somit wieder die Lernschwachen davon. Doch auch die Lehrpersonen ziehen den Kürzeren, denn sie verlieren das Gespür dafür, was die Schülerinnen umtreibt, woran sie möglicherweise leiden, wie die eine «Nachteilsausgleich-Tochter» im NZZ-Interview feststellt. Was Kinder benötigen, ist laut Mäder-Sigrist eine gesunde Autorität, die es ermöglicht, dass «eine vertrauensvolle Beziehung [entsteht], welche die Basis für erfolgreiches Lernen, freudiges Entdecken und den wichtigen Gemeinschaftssinn bildet.»

Echter Mut muss das Rad nicht neu erfinden

Wenn auch reichlich spät, ist es doch erfreulich, dass diese Schiefelage an den Schweizer Volksschulen endlich mehr und mehr Stimme in der Presse findet. Diese Aufmerksamkeit ist wichtig, denn wie die Ursachen sind auch die «mutigen Korrekturen» längst bekannt und vorhanden – sie dürften in den Medien ruhig stärker propagiert werden. Roland Reichenbach listet in seinem Interview gleich mehrere auf: «...sich auf die elementaren Kulturtechniken fokussieren. [...] Das heisst: üben, üben, üben. Zudem braucht es wieder ein Ethos der Anstrengung.» In ihrem Leserbrief beschreibt Isabelle Mäder-Sigrist mit «Autorität in der Pädagogik» die Korrekturen auf der Metaebene. Kurz-



um: es handelt sich um eine konsequente Rückbesinnung auf altbewährte Erziehung und Pädagogik. Mit diesem «Reduce to the max» könnte die Volksschule wieder Kurs aufnehmen.

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine spannende Lektüre!

Timotheus Bruderer

“Die Rückkehr zum Wesentlichen ist ein Muss”

Condorcet.ch, 9. Juni 2026, Interview mit Philipp Loretz

Die Schulen im Baselbiet stehen vor vielen Herausforderungen: überhitzte Schulzimmer, sinkende Sprachkompetenzen, ein überladener Lehrplan und eine Integrative Schule, die an ihre Grenzen stösst. Condorcet-Autor Philipp Loretz, Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland, fordert im Interview mit der Baselbieter “Volksstimme” eine “mutige Kurskorrektur”.

Volksstimme: Herr Loretz, wie oft sind Sie im Schulzimmer schon ins Schwitzen gekommen?

Philipp Loretz: Kürzlich war es wieder knapp über 30 Grad, also klar über dem vom Staatssekretariat für Wirtschaft empfohlenen Grenzwert von 28 Grad. In den vergangenen Jahren waren bis zu 15 Prozent der Unterrichtszeit von Hitzeperioden betroffen, das ist eindeutig zu viel. Unter solchen Bedingungen können sich Schülerinnen und Schüler kaum konzentrieren; wirkungsvoller Unterricht ist stark erschwert – und solche Hitzephasen dürften eher noch zunehmen.

Volksstimme: Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland (LVB) hat im Jahr 2023 Messungen in den Schulzimmern durchgeführt und das Problem aufgezeigt. Trotzdem wird die Hitze jeden Sommer aufs Neue diskutiert. Wie frustrierend ist das?

Loretz: Im Kanton Baselland ist das Thema politisch unbestritten. Inzwischen sind mehrere Vorstösse überwiesen worden. Und man achtet bei Sanierungen und Neubauten darauf, dass aktive Luftzirkulations- und Kühlsysteme eingebaut werden. Das Problem liegt eher bei den kurzfristigen Massnahmen. Wenn den Schulen empfohlen wird, bei Hitze mit den Klassen in den Keller oder in den Wald zu gehen, sind das Verlegenheitslösungen, die wir nicht mehr hören wollen.

Volksstimme: Welche kurzfristigen Massnahmen schweben Ihnen vor?

Loretz: Sinnvoller wären Nachtauskühlung der Schulhäuser durch Sicherheitspersonal, eine flexible Anpassung der Unterrichtsorganisation, abgestimmt auf die jeweilige Altersstufe, und ab sofort ein konsequenter Schutz schwangerer Lehrerinnen bei Temperaturen über 28 Grad, wie es das Gesetz verlangt. Bis alle Schulhäuser energetisch saniert sind, braucht es pragmatische Übergangslösungen – zum Beispiel Klimaanlage, gespeist von Photovoltaikanlagen auf dem Schulhausdach. Das fordert auch der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer. Kein Gesetz verbietet im Baselbiet den Einbau von Klimaanlage. Wenn wir nun nicht vorwärtskommen, erzähle ich jedes Jahr das Gleiche – und wir diskutieren schliesslich auch nicht darüber, ob man im Winter heizen soll.

Volksstimme: Was braucht es, damit diese Vorschläge umgesetzt werden?



Loretz: Ein Teil des Problems liegt in den Zuständigkeiten. Die Bau und Umweltschutzdirektion kümmert sich um die Gebäude, die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion um das Pädagogische. Die ehemalige Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat eine bessere Koordination angestossen. Ihr Nachfolger Markus Eigenmann treibt diese Zusammenarbeit nun voran, um das Hitzeproblem zu lösen. Eine andere Hürde sind die Finanzen: Die Gemeinden sind Träger der kommunalen Schulen, viele Kassen sind bereits stark belastet. Es braucht finanzielle Unterstützung durch den Kanton, damit die erforderlichen Investitionen in den Hitzeschutz zu stemmen sind. Daran führt kein Weg vorbei. Die Alternative wäre, dass in rund 15 Prozent der Schulzeit kein lernwirksamer Unterricht stattfinden kann. Das wäre kein verantwortungsvoller Umgang mit dem Bildungsfranken.

Muttersprachliches Lernen ist nicht imitierbar

Volksstimme: Für hitzige Debatten sorgt auch das Frühfranzösisch. Ein Bericht des Kantons zeigt: Nur 57 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreichen die Grundkompetenzen. Ist das Modell “Frühfranzösisch” gescheitert?

Loretz: Der LVB hat bereits bei der Einführung des Frühfranzösisch kritisch darauf hingewiesen, dass es unter diesen Rahmenbedingungen nicht funktionieren wird. Die damals verordneten Lehrmittel “Mille feuilles” und “Clin d’oeil” waren viel zu schwierig, nicht altersgerecht und boten keine aufbauende Systematik. Die von den Pädagogischen Hochschulen propagierte Mehrsprachigkeitsdidaktik konnte ihre Versprechungen nicht einlösen. Beim Spracherwerb liegt immer noch ein grundlegendes Missverständnis vor: Jedes Kind lernt seine Muttersprache, weil es diese stundenlang und über Jahre hört. Manche Politiker glauben immer noch, ein Kind lerne eine Sprache schneller, wenn es früh damit anfängt. Das muttersprachliche Lernen kann man in der Schule aber nicht imitieren. Zwei Lektionen pro Woche als “Sprachbad” zu verkaufen, ist schlicht Unsinn. Für ein echtes immersives Lernen bräuchte es 10 bis 15 Wochenlektionen und Französischlehrpersonen mit muttersprachlichen Kompetenzen. Und selbst wenn man das wollte, wäre das weder realistisch noch finanzierbar. Die Menge an Lehrpersonen mit den erforderlichen Qualifikationen gibt der Markt nicht her.

Volksstimme: Befürworter des Frühfremdsprachenkonzepts, die sich auf den Bericht des Kantons berufen, sagen, dass es kaum eine Rolle spielt, wann Kinder mit dem Französischlernen beginnen. Warum stört Sie diese Aussage?

Loretz: Der Bericht zeigt, dass Frühfranzösisch ab der 3. Klasse funktionieren könnte, wenn sämtliche der folgenden Voraussetzungen erfüllt wären: ausreichend qualifizierte Lehrpersonen mit sehr guten Französischkenntnissen, genügend Lernzeit, altersgerechte Materialien und kleine Lerngruppen. Gleichzeitig gibt es bislang keine einzige Studie, die einen nachweislichen Vorteil eines Französischstarts im Alter von 8 Jahren belegen würde. Deshalb finde ich es problematisch, wenn daraus der Schluss gezogen wird, das Einstiegsalter spiele keine Rolle. Mit derselben Logik könnte man ebenso gut fragen, warum man überhaupt am Start in der 3. Klasse festhalten will, wenn der Startzeitpunkt doch nicht ausschlaggebend sein soll.

Volksstimme: Fordert die heutige Sprachenstrategie der Volksschule die Schülerinnen und Schüler zu stark?



Loretz: Rund 40 Prozent der Kinder in der Volksschule wachsen fremdsprachig auf, sie lernen zu Hause eine andere Muttersprache. Im Kindergarten erlernen sie Mundart und in der Schule die Unterrichtssprache, also Deutsch. Ab 8 Jahren kommt Französisch hinzu, und ab 11 Jahren Englisch. Welches Kind kann das unter diesen Bedingungen leisten? Der Dachverband hat dieses Problem mittlerweile ebenfalls erkannt. Eine Kurskorrektur dürfte unumgänglich sein. Eine halbherzige Fünfsprachigkeit ist nicht zielführend.

Schule momentan in einem politisch verordneten “Sightseeing-Modus”

Volksstimme: Das klingt eher nach einem “Übungsabbruch” als nach einer Fortsetzung des Frühfranzösisch.

Loretz: Die Primarschule ist überfrachtet. Jetzt braucht es keine “Pflasterlipolitik”, sondern eine echte Entlastung. Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, eine Fremdsprache in die Oberstufe zu verschieben. Einige kantonale Parlamente haben das bereits so entschieden, im Baselbiet steht dieser Schritt noch zur Diskussion. Gleichzeitig ist es zentral, die Unterrichtssprache konsequent zu fördern. Sie ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben.

Volksstimme: Sie fordern, dass sich die Primarschulen wieder auf das Wesentliche fokussieren sollen. Wie meinen Sie das konkret?

Loretz: Die Schule hat den Kernauftrag, Grundkompetenz zu vermitteln: verstehendes Lesen, kohärentes Schreiben, präzises Reden und grundlegendes Rechnen. Daneben muss genügend Zeit vorhanden sein für altersgerechte und spannende Sachthemen, kreativgestalterische Fächer und Bewegung. In den vergangenen Jahren wurde der Fächerkanon in der Primarschule aber stetig ausgeweitet: Frühfranzösisch, Frühenglisch, Natur-Mensch-Gesellschaft, Medien und Informatik. Der überfrachtete Lehrplan führt zu Beliebigkeit und erschwert einen aufbauenden Unterricht. Momentan befindet sich die Schule in einem politisch verordneten “Sightseeing-Modus”. Können entsteht aber nicht im Vorbeigehen, sondern durch Übung, und dafür braucht es Zeit.

Volksstimme: Viele Schülerinnen und Schüler beherrschen einen elementaren Grundwortschatz nicht mehr. Was ist hier schiefgelaufen?

Loretz: Der Sprachzerfall ist Realität, das zeigen die “Pisa”- und ÜGK-Resultate. Das hat einerseits mit der Überfrachtung zu tun. Andererseits stellen wir fest, dass den Schülerinnen und Schülern Tausende gelesener Seiten fehlen. Es gibt bereits Studien, die zeigen, dass Kinder ihre Muttersprache nicht mehr richtig lernen, weil manche Eltern zu Hause eher auf das Smartphone schauen, statt miteinander und mit ihren Kindern zu reden. Die Schule kann solche Defizite nur bedingt wettmachen. Ein strukturierter, geführter Unterricht mit vielen angeleiteten und festigenden Übungsphasen ist entscheidend, damit die Kinder sprachlich profitieren.

Volksstimme: Wieso tun sich Schülerinnen und Schüler so schwer damit, einen längeren Text zu lesen?

Loretz: Die Aufmerksamkeitsspanne hat in den vergangenen Jahren massiv abgenommen. Beim endlosen Scrollen auf dem Handy oder dem Tablet ziehen unzählige Miniclips an uns vorbei. Die meisten dauern nur ein paar Sekunden. Das Gehirn hat sich daran gewöhnt. Entsprechend anstrengend ist es geworden, einen längeren Text oder gar ein Buch zu lesen. Das braucht anhaltende Kon-



zentration. Wenn diese fehlt, wird es natürlich schwierig, durchzuhalten und einen Text wirklich zu erfassen.

Volksstimme: Wie kann man diesen Sprachzerfall stoppen?

Loretz: Der Kanton hat im Rahmen von “Zukunft Volksschule” ein Projekt zur Leseförderung auf die Beine gestellt. Kinder mit Lesedefiziten sollen früh entdeckt und spezifisch gefördert werden. Auch das Leseerlebnis soll so gefördert werden. An meiner Schule setzen wir das so um: Zu einer bestimmten Zeit lesen alle – von der Schulleitung bis zu den Schülerinnen und Schülern – in ihrer persönlichen Lektüre. In diesen stillen Phasen sind alle konzentriert bei der Sache und merken, wie toll Lesen sein kann. Kürzlich kam eine Schülerin zu mir und sagte: “Dank Ihnen habe ich zu Hause das erste Mal ein eigenes Buch gelesen.” Das ist doch wunderbar!

Integrative Schule in jetziger Form funktioniert nicht

Volksstimme: In der Kritik steht auch die Integrative Schule. Für Roland Stark, ehemaliger Präsident der Basler SP, hat dieses Modell auf der ganzen Linie versagt. Sie bremse die leistungsstarken und benachteilige die schwachen Schülerinnen und Schüler. Wie sehen Sie das?

Loretz: Es ist ein bisschen spitz formuliert. Aber: Die Integrative Schule in der jetzigen Form funktioniert definitiv nicht so, wie man sich das vorgestellt hat. Sie wurde eingeführt im Wissen, dass es nicht genug schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen gibt. Entsprechend gross ist die Belastung für Lehrpersonen, insbesondere der Klassenlehrpersonen. Wir vom LVB stehen grundsätzlich zur Idee der Integration. Man muss aber die Fälle individuell anschauen. In manchen Situationen gelingt die Integration gut, in anderen nicht. Wichtig ist, dass jedes Kind bestmöglich gefördert wird. Dafür braucht es vielfältige Lösungen. Im Baselbiet haben wir glücklicherweise noch Kleinklassen. Sie wurden bewusst nicht abgeschafft, weil klar ist, dass manche Kinder eine ganz enge und fachkundige Begleitung in einem geschützten Rahmen brauchen. In der Regelklasse würden sie untergehen, das wäre das Gegenteil von Integration.

Volksstimme: Was kann die Politik hier tun?

Loretz: Im Baselbiet sind zwei Vorstösse hängig: Einer von Miriam Locher von der SP, die inzwischen Nationalrätin ist, und einer von Anita Biedert von der SVP – das ganze politische Spektrum ist also vertreten. Miriam Locher fordert, die Kaskade hin zu einer separativen Beschulung den heutigen Bedürfnissen anzupassen und einen früheren Ausstieg aus den integrativen Angeboten zu ermöglichen. Anita Biedert verlangt die Einführung von Förderklassen auf Primar- und Sekundarstufe I für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler. Beide Vorstösse wurden deutlich überwiesen. Politisch tut sich also etwas. Nun hat der Kanton aber festgestellt, dass die Kosten für die Sonderschule deutlich gestiegen sind. Als Reaktion will man Kinder wieder vermehrt in Regelklassen integrieren. Die Belastungen für alle Beteiligten werden also nicht weniger.

Volksstimme: Wegen der hohen Belastung steigt die Frustration bei den Lehrpersonen. Ist der Beruf noch attraktiv genug?

Loretz: In der öffentlichen Wahrnehmung hat sich das Bild des Lehrberufs schon verändert. Eine LVB-Umfrage unter mehr als 1000 Lehrpersonen hat gezeigt, dass die Belastungsfaktoren in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Genannt wurden etwa der stetig wachsende admi-



nistrative Aufwand und die hohe Sitzungsdichte als Folge einer ausufernden Schulentwicklung. Zeit, die besser in das Kerngeschäft investiert würde. Aufgrund der Teilautonomie muss zudem jede Schule unzählige grundlegende Konzepte jeweils selbst neu entwickeln. Neben dem überfrachteten Lehrplan und den Herausforderungen durch die Integrative Schule fordern auch gesellschaftliche Entwicklungen die Schule: Die Flüchtlingskrisen, die Zunahme psychischer Krankheiten bei Kindern und Jugendlichen, die Folgen der Digitalisierung und wachsende Ängste wegen der instabilen politischen Lage gehen an die Substanz.

Volksstimme: Das klingt nicht nach bester Werbung für den Lehrerberuf.

Loretz: Grundsätzlich finde ich, dass Lehrerin oder Lehrer nach wie vor ein abwechslungsreicher und kreativer Beruf ist. Besonders faszinierend ist für mich, Schülerinnen und Schüler im Alter von 12 bis 15 Jahren zu unterrichten, zu begleiten und unmittelbar mitzuerleben, wie sie sich vom Kind zum jungen Erwachsenen entwickeln.

Wieder mehr Bewerbungen an Primarschule

Volksstimme: Hat die gesunkene Attraktivität dazu geführt, dass im Kanton Baselland zu wenig Lehrpersonen verfügbar sind?

Loretz: Sie hat sicher dazu beigetragen. Es gibt auch ganz praktische Gründe: Die Babyboomer gehen in Rente, gleichzeitig nimmt die Schülerzahl zu. Das fehlende Personal führt in gewissen Fächern zwangsläufig dazu, dass manchmal Lehrpersonen eingesetzt werden, die die qualitativen Anforderungen nicht erfüllen. Der Kanton Zürich bot beispielsweise fünftägige Crashkurse an, nach denen man bereits unterrichten durfte. Das hat mit Qualität nichts mehr zu tun. Im Baselbiet achtet man mittels Monitoring grundsätzlich darauf, wie gut Lehrkräfte ausgebildet sind. Dank der Massnahmen, die noch unter der früheren Bildungsdirektorin Monica Gschwind getroffen wurden, hat sich die Lage spürbar entspannt. An der Primarschule bewerben sich mittlerweile wieder mehrere Personen auf eine Stelle. In den Fächern Französisch und Informatik ist es jedoch weiterhin schwierig, genügend qualifiziertes Personal zu finden. Als ich mich im Baselbiet zum ersten Mal beworben hatte, waren 50 Mitbewerber im Rennen ...

Volksstimme: Was erhoffen Sie sich vom neuen Bildungsdirektor Markus Eigenmann (FDP), damit diese Baustellen der Volksschule behoben werden?

Loretz: Wir hatten einen sehr guten Einstieg mit ihm. Er zeigt sich offen für unsere Inputs. Auffallend ist, dass Markus Eigenmann sehr zielgerichtet vorgeht und bestens vorbereitet an den Sitzungen erscheint, das ist wirklich beeindruckend. Ich hoffe, dass er als ehemaliger Elektroingenieur insbesondere das Hitzeproblem pragmatisch angeht. Und dass er, wie seine Vorgängerin Monica Gschwind, alle Beteiligten aktiv miteinbezieht, um tragfähige Lösungen zu finden. Wir sind aber zuversichtlich und freuen uns auf eine produktive und konstruktive Zusammenarbeit mit Markus Eigenmann.

Volksstimme: Wie stark muss man sich angesichts der vielen Probleme Sorgen machen um die Schulen im Baselbiet?

Loretz: Wenn man alle Herausforderungen betrachtet, ist mir schon ein bisschen mulmig zumute. Es braucht eine mutige Kurskorrektur und eine Besinnung auf das Wesentliche. Unsere Botschaft



lautet: “Reduce to the max.” Die Schule ist nicht die Reparaturwerkstatt der Gesellschaft. Die Pädagogischen Hochschulen müssen deshalb über die Bücher. Sie müssen die Kritik von Studierenden und aus der Praxis endlich ernst nehmen! Der LVB fordert zum Beispiel, dass alle Dozierenden für Fachdidaktik über entsprechende Unterrichtserfahrung in den Fächern und Stufen verfügen, für die sie ausbilden.

Volksstimme: Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Schule diese Hürden meistern kann?

Loretz: Nach Jahrzehnten von Grossreformen ist das Bildungssystem in eine Schiefelage geraten. Zuversichtlich stimmt mich, dass in weiten Teilen der Politik inzwischen angekommen ist, wie zentral die Grundkompetenzen sind. Jetzt braucht es aber mehr als Worte. Es braucht eine mutige Kurskorrektur. Pädagogisches Wunschdenken muss konsequent durch Realitätssinn ersetzt werden. Im Zentrum stehen die Stärkung der Lehrpersonen, eine praxisnahe Ausbildung, stabile Bindungen und – allen voran – die Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen. Denn jedes Kind geht nur einmal zur Schule.

Philipp Loretz ist 55 Jahre alt und wohnt in Seewen (SO). Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Er ist ausgebildeter Sekundarlehrer in den Fächern Deutsch, Französisch und Englisch. Seit 1999 unterrichtet der gebürtige Solothurner an der Sekundarschule Aesch. Seit 2014 ist Loretz Mitglied der Geschäftsleitung des Lehrerinnenund Lehrervereins Baselland, seit 2022 steht er dem LVB als Präsident vor. Im Mai 2020 wählte ihn der Landrat zudem in den Baseler Bildungsrat.

«Die Bildungsklasse bürdet der Schule alle gesellschaftlichen Probleme auf»

NZZ, 12. Juni 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann

Der Erziehungswissenschaftler Roland Reichenbach kritisiert die Individualisierung an den Schulen – diese schade vor allem den Schwachen. Im Gespräch mit Sebastian Briellmann sagt er, verantwortlich dafür seien moralisierende Kulturlinke

Herr Reichenbach, haben die Schweizer Schulen mit ihren Reformen eine Zweiklassengesellschaft geschaffen – perfekt für gute, nachteilig für schlechte Schüler?

Von einer Spaltung, die direkt herbeigeführt wurde, würde ich nicht sprechen. Die Unterschiede sind jedoch offensichtlich. Kinder aus sozial benachteiligten Familien erbringen oft geringere Leistungen – das weiss man längst, daran hat man sich sogar gewöhnt. Erstaunlich ist, dass sich niemand darüber empört. Wenn am Ende ein Viertel der 15-Jährigen massive Probleme mit Lesen und Schreiben hat, ist das eine tickende Zeitbombe für den Arbeitsmarkt. Und ja: auch für unsere Demokratie. Das kann niemand wollen.

Warum wird dieser Zustand akzeptiert?

Weil es die Menschen, die in der Bildungslandschaft die Entscheidungen treffen, nicht direkt betrifft. Ich nenne sie die «Bildungsklasse». Die Probleme kommen aus einem Teil der Gesellschaft,



den sie nicht kennen: Es sind heute meistens migrantische Schüler, die das Grundniveau nicht erreichen. Und die Unterschiede werden immer grösser – auch wegen der Digitalisierung der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler. Das trifft Kinder aus bildungsfernen Schichten härter, die daheim wenig Unterstützung erhalten. Die Schere geht also nicht primär wegen der Schule auf, sondern aufgrund einer veränderten gesellschaftlichen Realität, auf die das System nicht beherzt reagiert.

Das könnte auch bemerken, wer zur Bildungsklasse gehört.

Eher nicht. Diese Leute sind stolz auf ihre tertiären Abschlüsse, sie profitieren vom System. Es fehlt ihnen schlicht an Empathie für andere Milieus.

Sie gehören doch auch zu diesem Milieu.

Wahrscheinlich bin ich aufgrund meiner Herkunft in dieser Thematik dünnhäutiger. Die Schule muss sich der migrationsgesellschaftlichen Realität viel dezidierter stellen, als sie es bisher getan hat. Mich beunruhigen die Auswirkungen: Die Schule hat eine Integrationsfunktion, sie ist essenziell für das gesellschaftliche Ganze, für den Gemeinsinn und die Idee einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Sie soll helfen, unsere Demokratie zu legitimieren. Es geht eben nicht nur darum, flexibel-adaptive Individuen für den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Eltern, hauptsächlich privilegierte, sorgen sich ganz partikulär nur um ihr Kind. Die demokratische Schule müsste da ein Korrektiv sein. Sie ist es aber nicht. Das ist ihr Versagen.

Was müsste man tun?

Wenn zunehmend Kinder der Unterrichtssprache kaum mächtig sind, muss man sich auf die elementaren Kulturtechniken fokussieren: Sprechen, Lesen, Schreiben, Rechnen. Und das vertieft. Das heisst: üben, üben, üben. Zudem braucht es wieder ein Ethos der Anstrengung. Wer sich Mühe gibt, muss für diese Mühe belohnt werden. Auch wenn sich der Erfolg nicht gleich zeigt. Leistung und Erfolg sind nicht dasselbe. Die Privilegierten sind erfolgreich, aber haben sie viel geleistet? Stattdessen überfordern wir viele Kinder zusätzlich mit Experimenten wie dem frühen Fremdsprachenunterricht. Aus staatspolitischer Sicht soll eine Landessprache die erste Fremdsprache sein – das schulden wir gerade in der Deutschschweiz dem nationalen Zusammenhalt. Die Realität zeigt aber, dass Frühfranzösisch viele Schüler überfordert. Doch darüber lässt sich kaum mehr sachlich diskutieren.

Wieso sind wir diskursunfähig geworden?

Wenn etwa die Inklusion zum unantastbaren Dogma wird und man das Wort «Separation» gar nicht mehr in den Mund nehmen darf, dann regiert eher die Ideologie als die pädagogische Urteilskraft. Man muss im Einzelfall wie beim Frühfranzösisch eine kluge, pragmatische Lösung finden dürfen, ohne moralisch an den Pranger gestellt zu werden.

Wie konnte es so weit kommen?

Ich verdächtige das vorherrschende «pädagogische Denken». Paradoxerweise vergrössert es die Schere zwischen leistungsstarken und leistungsschwächeren Kindern und Jugendlichen durch scheinbar progressive Lernkonzepte. Der auffällige Fokus auf das Hirn, das Kind, das Individuum und seine Selbstregulation ist typisch für die zeitgenössische «Pädagogik der Privilegierten». Den Leistungsschwächeren schadet diese scheinbar autonome Pädagogik hingegen sehr!



Die Idee des Individuellen hat also einen viel zu guten Ruf?

Ja, Vokabeln wie Selbstverantwortung im Lernen und kindliche Freiheit tönen gut. Es handelt sich jedoch um unabsichtliche oder kaschierte ideologische Marker, die suggerieren, dass man die Leistungsschwachen mit gutem Gewissen sich selbst überlassen kann. Was politisch als emanzipatorischer Akt gefeiert wird, mag pädagogisch das genaue Gegenteil bedeuten und bewirken.

Wie kann es sein, dass sich diese Haltung durchgesetzt hat – und auch nicht überdacht wird, obwohl die Schwächsten offensichtlich darunter leiden? Das zeigen ja auch die Leistungsuntersuchungen.

Für mich ist unser pseudomodernes, scheinbar allein auf das individuelle Kind ausgerichtete Bildungsdenken ein Ausdruck einer tiefen gesellschaftlichen Verunsicherung. Es fehlt weitgehend der pädagogische Rekurs auf Kultur, Gesellschaft, soziale Normen, Gemeinwohl, Politik, Kunst und Transzendenz. Das ist doch sehr auffällig, nicht? Dennoch soll die Schule alles richten . . .

Ist diese Sicht so falsch?

Es ist vor allem eine Illusion. Gesellschaftliche, ausserschulische Probleme lassen sich nicht – allein – durch die Schule lösen. So muss man sich beispielsweise auch die Frage stellen, ob bestimmte Kinder überhaupt in die Regelklasse integrierbar sind. In der Frage nach der konkreten Umsetzung normativer Ideen halte ich mich seit einiger Zeit an Isaiah Berlin, der meinte, das meiste Leid im menschlichen Leben entstehe bei der Umsetzung von Ideen.

Mit anderen Worten: Die integrative Schule ist gescheitert.

Das ist mir zu extrem. Genauso wie die Darstellung einer moralisierenden Bildungsklasse, wonach nur das Integrationsmodell funktionieren könne und solle. Der offene Diskurs wird verhindert. Das ist armselig, jedenfalls antiintellektuell.

Worauf gründet diese Entwicklung?

Grosse Teile der Gesellschaft wissen nicht mehr, was sie als soziale Gruppe wollen. Daher diese panische Zentrierung auf das Individuum, mein eigenes Kind. Als ob wir nur noch eine Ansammlung von frei flottierenden Atomen wären, die ihre erbärmlichen Individualinteressen maximieren wollen.

Das klingt resigniert.

Nein, ich bin ein fröhlicher Pessimist, der eine Überforderung feststellt. Pädagogisch betrachtet ist das normal. Nur: Die von einem schlechten Gewissen geplagte Bildungsklasse bürdet der Schule ja alle gesellschaftlichen Probleme auf, die sie dann zu lösen habe: Klimapolitik, gesunde Ernährung, Medienkompetenz – all das sollen die Kinder können . . .

. . . mit sieben oder acht Jahren . . .

. . . das mangelt nicht an Pathos und Ironie, muss man zugeben.

Wie ist es dazu gekommen, dass Erwachsene ihre Probleme an Kinder delegieren?

Die westliche Welt ist verunsichert. Wohl gab es Zeiten, in denen die ältere Generation ihre Werte zuversichtlich, also letztlich mit grundloser Zuversicht, an die Jüngeren weitergegeben hat. Was wollen wir von denen? Politisch, ethisch, religiös? Das war die Frage, die sich auch der Pädagoge Friedrich Schleiermacher gestellt hat. Er meinte, wichtig sei es, dass sich die ältere Generation diese Fragen stellt – aber die Jungen dann machen, was sie für richtig halten. Doch die Erwachsenen han-



deln heute im Unterschied dazu eher mit vorauseilendem Gehorsam. Nach dem Motto: Wenn es nicht gut kommt, sind wir nicht dran schuld, denn wir haben euch ja in allem unterstützt. Das gehört zur Kultur der Ausrede. Der suggerierte Freiraum als eigentliches Abschieben von Verantwortung.

Also fragt man heute bereits das Kind, was es für richtig hält?

Das ist so verständlich wie problematisch. Um autonom zu werden, wenn das überhaupt gelingen kann, braucht es einen Emanzipationsprozess, also die Friktion mit dem Bestehenden, ein Abarbeiten, die «Widerständigkeit der Welt», wie Humboldt meinte.

Wollen das die Kinder überhaupt?

Ich denke nein. Eher brauchen sie Strukturen und Aufgaben, die Sinn stiften.

Ist es möglich, diese Sinnhaftigkeit wieder in die Schulen zu bringen? Die Pädagogischen Hochschulen lehren so ziemlich das Gegenteil von dem, was Sie propagieren.

Ich halte nichts davon, die PH zu verteufeln. Aber klar ist auch: Die Bildungsforschung und der Alltag in den Klassenzimmern haben sich komplett voneinander entfremdet. Die Wissenschaft basiert an komplexen didaktischen Modellen herum, die letztlich nur für die Forscher selbst und deren Selbsterhaltungssystem von Nutzen sind. Der Praxis hilft das nicht im Geringsten. Schauen Sie: Wenn wir den Menschen nur mit einer technisch orientierten Lernpsychologie begreifen, wissen wir nahezu nichts über ihn und verstehen ihn vor allem nicht. Wer Romane liest oder Filme schaut, versteht die Palette der menschlichen Natur tausendmal besser als mittels nackter Zahlen der Wissenschaft.

Ist das vor allem ein Missverständnis der Linken?

Die Kulturlinke an den Hochschulen, zu der ich selbst auch halb gehöre, hat die klassischen linken Ideale – namentlich die Verteilungsfragen – schlicht verraten. Stattdessen inszeniert sie sich in ihrer urbanen Selbstbezogenheit mit Identitätspolitik, Sprachpolizei und Antirassismus. Das ist hochgradig moralisierend, aber völlig folgenlos für die reale Ungleichheit. Man fordert Blumentöpfe auf den Strassen der gentrifizierten Quartiere, ignoriert aber die echten strukturellen Sorgen der sozial Benachteiligten.

Diese Kulturlinken haben in der Bildungslandschaft die Macht. Sie fordern Gleichberechtigung, fördern allerdings den Individualismus?

Das ist richtig. Was besonders bedauerlich ist – und ich sage das als Altlinker mit wertkonservativen Überzeugungen: In der Theorie sind alle für die heterogene Volksschule, aber praktiziert wird dies nicht. Sobald das eigene Kind betroffen ist, macht man eine Ausnahme und flüchtet ins «bessere» Quartier. Das gehört zur strukturellen Unaufrichtigkeit der Kulturlinken. Für die Romantik der sozialen Durchmischung sollen bitte schön die Kinder der anderen herhalten. Machtverhältnisse werden heute subtil kaschiert. Und daheim erzieht man nicht mehr, sondern säuselt sanft: «Es wäre schön, wenn du das tust, aber du musst nicht.»

Das klingt so, wie es die Bildungsklasse auch in den Schulen erwartet. Der Lehrer ist nicht mehr Autorität, sondern Coach.

Die Bedeutung der Autoritätsanerkennung wurde zu Unrecht negativ besetzt, im Grunde nicht verstanden. Autorität und Autonomie sind keine Widersprüche, sie stehen in einem Spannungsverhältnis. Abgesehen davon ist die Schule für viele Kinder heute der einzige verlässliche, strukturierte Ort



im Leben. Daher sollten die leistungsschwachen Kinder auch nicht mit einer kuriosen Selbstverantwortungspädagogik überfordert werden. Sie brauchen vielmehr Ermutigung, und man muss sie kontrollieren – vor allem: Man darf, ja man muss sie fordern. Das ist die Aufgabe. Heute tun viele so, als ob man sich in der Pädagogik auf Augenhöhe begegne. Das ist ein schöner Slogan, hat aber mit der Realität eines Klassenzimmers nichts zu tun. Ein Lehrer, der sich bloss als netter Coach auf Augenhöhe anbiedert, wird von den Schülern nicht ernst genommen. Und von den Eltern noch weniger.

Denken Sie, dass sich das wieder korrigieren lässt?

Ich bin mir nicht sicher. Weil wir verlernt haben, produktiv zu streiten. Je mehr politisches und finanzielles Kapital in ein Projekt investiert wurde, desto unantastbarer wird es. Anstatt rückhaltlos zu analysieren, was eine Reform nach 15 Jahren gebracht hat, beharrt man starr auf seiner bornierten Meinung. Wer anders denkt, wird ins Abseits gestellt. Das ist einer Demokratie unwürdig. Aus der Praxis lernt man nur, wenn man fähig ist, sich anzupassen und Fehler einzugestehen.

Kritiker des Lehrplans 21

sb. · Roland Reichenbach, 63, ist – nach Professuren in Münster und Basel – seit 2013 Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich. Nach seiner Primarlehrerausbildung studierte Reichenbach klinische Psychologie und philosophische Ethik. Er ist einer der bekanntesten und frühesten Kritiker des Lehrplans 21 – und Autor von diversen Büchern. Jüngst erschien von ihm «Die Pädagogik der Privilegierten».

Basel-Stadt: Lehrer fallen aus – Kosten gehen in Millionen

nau.ch, 9. Juni 2026, Simon Binz

Basler Lehrpersonen melden sich deutlich häufiger krank als noch vor fünf Jahren. Die Stellvertretungskosten sind massiv gestiegen.

Das Wichtigste in Kürze

- Krankheitsbedingte Absenzen an Basler Volksschulen stiegen seit 2020 um 27 Prozent.
- Die Stellvertretungskosten erreichten 2024 mit 7,8 Millionen Franken einen Höchststand.
- Die Ursachen für die zahlreichen Ausfälle sind nicht restlos geklärt

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: An den Volksschulen im Kanton Basel-Stadt sind die krankheitsbedingten Absenzen der Lehrpersonen seit 2020 um 27 Prozent gestiegen.

Und das hat seinen Preis – die Kosten für Stellvertretungen kletterten von 4,8 Millionen Franken im Jahr 2020 auf 7,8 Millionen im Jahr 2024. Das übersteigt das Budget deutlich.

Wie «Schweiz Aktuell» gestern berichtete, sind die Ursachen für die Ausfälle nicht restlos geklärt. Für Jean-Michel Héritier, Primarlehrer und Präsident der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt,



liegt das Problem jedoch auf der Hand. Die Gesellschaft übertrage den Lehrpersonen ständig neue Aufgaben und Pflichten.

«Eine Woche hat nur 28 Lektionen»

«Wir machen den Job gerne und mit viel Feuer, aber es hat halt auch Grenzen irgendwann», sagt er. Bei 28 Lektionen pro Woche sei es schlicht nicht möglich, allen Anforderungen gerecht zu werden. Zugleich wehrt sich Héritier gegen den Vorwurf, Lehrpersonen würden zu schnell zuhause bleiben. Viele Kolleginnen und Kollegen schleppten sich noch mit hohem Fieber in die Schule – aus Pflichtgefühl gegenüber den Kindern und dem Team.

«Wenn es dann wirklich gar nicht mehr geht und sie gar nicht mehr auf die Beine kommen, erst dann bleiben sie daheim», so Héritier. Seine Diagnose: Wer chronisch überlastet sei, werde irgendwann krank – und das koste.

Lehrpersonenverband sieht strukturelles Problem

Dagmar Rösler, Präsidentin des Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, sieht in den steigenden Absenzen den Ausdruck einer tieferen Krise. «Das hat schon auch mit der Situation zu tun, wo sich die Volksschule drin befindet.»

Rösler erwähnt den Personalmangel, das Erhöhen der Pensen, den «hohen Druck und die hohen Erwartungen». Die Schule stehe unter einer grossen Belastung – die Krankmeldungen seien ein Ausdruck davon.

Der Kanton steht vor einem Rätsel

Marc-Oliver Möller, Leiter Zentrale Dienste, Erziehungsdepartement Basel-Stadt, räumt in dem Beitrag ein, dass die Ursachen noch nicht vollständig geklärt seien.

Das Departement habe im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe aus Geschäftsleitungsmitgliedern, Finanz- und Datenanalysten sowie Volksschulmitarbeitenden eingesetzt, um die Daten detailliert zu analysieren und den Gründen für den Anstieg auf den Grund zu gehen.

Jetzt soll ausserdem zusätzlich eine Umfrage unter den Lehrpersonen durchgeführt werden, um herauszufinden, warum die Absenzen so stark zugenommen haben.

Autorität – ein zu Unrecht verpöntes Wort

10. Juni 2026, Isabelle Mäder- Sigris , Primarlehrerin

Wer eine Klasse voller erwartungsfroher Kinder unterrichtet, kommt nicht darum herum, die Frage zu stellen, was Autorität in der Pädagogik bedeutet. Wie kann ich meine pädagogischen Intentionen umsetzen und wo ist meine Autorität dazu nötig? Genau bei dieser Frage bin ich mit meiner Klasse kurz vor den Sommerferien mittendrin. Auch einige meiner Schüler würden gern nur noch tun, was ihnen beliebt, draussen herumbalgen und lärmern.



Meine Klasse und ich haben entschieden, die Lernzeit bis zwei Tage vor den Ferien gut zu nutzen. Zwischendurch gibt es ein Eis auf der grossen Wiese, wir gehen schwimmen und vergnügen uns im Wald beim Spielen. Es braucht aber meine Führung, indem ich motivierend überzeuge, dass wir zum Lernen da sind, zum Wachsen lassen, zur Förderung des sozialen Zusammenhalts. Spielerisches, Musisches und eine Geschichte kommen dabei nicht zu kurz.

Ich gehe ruhig und bestimmt voraus durch den Tag und die Fächer, auch wenn es sehr heiss im Zimmer ist und Unlust oder Flausen in den Köpfen sind. Ich zeige, wie etwas geht, weil ich diesen Wissensvorsprung habe und es gerne tue. Die Schüler vertrauen mir und ich habe für sie Autorität. Damit wird es einfacher, das Interesse für ein neues Thema selbst bei ungünstigen Bedingungen zu wecken.

Zu oft sehe ich Lehrpersonen, die die Schüler in Einzelarbeiten oder in einer Lernlandschaft sich selber überlassen. Es ist für sie nicht vordringlich, dass die Schüler die Materie wirklich verstehen. Durch den Stoffdruck fühlen sie sich gedrängt, schnell vorwärtszugehen. So fehlt die Zeit für intensives Üben unter ermutigender Führung, was zu einer oft oberflächlichen Behandlung vieler Themen führt.

Meine Schüler spüren, dass ich mich als verantwortliche Klassenlehrerin für ihre Entwicklung wirklich interessiere. Im Verlauf von drei Jahren ist zu jedem Kind eine vertrauensvolle Beziehung entstanden, welche die Basis für erfolgreiches Lernen, freudiges Entdecken und den wichtigen Gemeinschaftssinn bildet.

Kinder sind froh um Lehrpersonen, die auf vertrauenswürdige Art Autorität besitzen und diese im Schulzimmer mit Augenmass durchsetzen. Eine neuere Umfrage in einer meiner Klassen über den Wert eines ruhigen Lernklimas ergab ein sehr eindeutiges Bild. Die schriftlich und einzeln zu beantwortende Frage lautete: Wer hat gerne Ruhe im Zimmer bei den Einzelarbeiten und wen stören Unruhen und das Schwatzen nicht? Von 20 Schülern der betreffenden Klasse wollten 17 Kinder eine stille Lernzeit erleben.

Die durchaus repräsentative Umfrage bestärkte mich, das breit abgestützte Schüleranliegen im Schulalltag umzusetzen. Ich bin als verantwortliche Autorität dafür besorgt, dass es eingehalten wird. Das bedeutet, dass ich eingreife, wenn Schüler sich nicht an unsere gemeinsame Regel halten. Für Spass, Freude und viel Lachen bleibt trotzdem viel Platz.

Sogar Hochbegabte sollen einen Nachteilsausgleich bekommen

NZZ, 10. Juni 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann

Emma und Sophia schreiben gute Noten, trotzdem können sie am Gymnasium Vorteile erhalten

So stellt man sich das Bildungsbürgertum vor, die scheinbar perfekte Schweiz. Ein schmuckes Einfamilienhaus am Rande einer Zürcher Gemeinde, eine Familie – Vater, Mutter, zwei Töchter –, die



am Esstisch über die gymnasiale Laufbahn von Emma (16) und Sophia¹ (17) spricht. Eine Schulkarriere mit normalen Hochs und Tiefs, aber stets mit guten Noten. Die Matura rückt näher. Daran zweifelt niemand. Ausbildungstechnisch ist alles in bester Ordnung, null Grund zur Sorge. Das sagen auch die Eltern. Das Gespräch ist auf hohem Niveau, akademischer Wortschatz, gepflegte Umgangsformen. Man könnte sagen: erwachsen.

Im Esszimmer ist sogar das Material, säuberlich unterteilt in die jeweiligen Fächer, prominent ersichtlich. Wo sonst Bücher oder Pflanzen ein Regal zieren, fallen hier die ordentlich beschrifteten Schubladen auf. Das klingt fast zu harmonisch, um wahr zu sein. Tatsächlich gibt es am Esstisch der Familie immer wieder Streit. Frustrierte Eltern. Unverstandene Töchter.

«Wer verzichtet freiwillig?»

Es sind ausgerechnet die Lehrerinnen und Therapeutinnen, die für einen Zwist in der Familie sorgen. Obschon die Leistungen von Emma und Sophia ausgezeichnet sind, hätten die Teenager Anspruch auf einen sogenannten Nachteilsausgleich. Denn bei ihnen wurde ein Asperger-Autismus und ADS (ruhige Form von ADHS) diagnostiziert. Die Befunde liegen der NZZ vor.

Die Eltern drücken es so aus: «Wir werden fast schon unter Druck gesetzt, den Nachteilsausgleich zu erlauben. Eine der Therapeutinnen hat uns und unserer Tochter sämtliche diesbezüglichen Unterlagen der Bildungsdirektion zukommen lassen. Wir fühlen uns manchmal wie Rabeneltern, weil wir bisher nicht nachgegeben haben.»

Da ihre Kinder minderjährig sind, liegt die Entscheidung bei den Eltern. Doch sie wollen keinen Nachteilsausgleich für ihre Töchter. Emma und Sophia sehen das anders. Sie sagen: «Wir wollen selbst entscheiden können, weil es uns betrifft.» Und sie fragen: «Wer verzichtet schon freiwillig auf Vorteile?»

Das Beispiel zeigt, wie stark das Mittel des Nachteilsausgleichs mittlerweile im Schulalltag eingesetzt wird. Sogar bei Schülerinnen, die exzellente Noten haben. Doch für schulisch Starke wurde diese Abhilfe eigentlich nicht geschaffen. Sondern um jene zu unterstützen, die aufgrund einer physischen oder psychischen Beeinträchtigung nicht dieselben Leistungen in einer Prüfung erbringen können. Solche Schüler und Studenten erhalten beispielsweise mehr Zeit für die letzte Aufgabe, mehr Ruhe, da der Test in einem separaten Raum geschrieben wird, mündliche statt schriftliche Prüfungen oder visuelle Kommunikationshilfen.

Viele Eltern klagen

Von der Primarschule bis zur Universität nehmen solche Massnahmen zu, wie die «NZZ am Sonntag» aufgezeigt hat. Wie hoch der Anteil wirklich ist, weiss niemand. Doch die Zahlen, die es gibt, zeigen: Immer mehr Schüler erhalten einen Nachteilsausgleich; wegen Legasthenie oder Rechenschwäche und vermehrt auch wegen psychischer Erkrankungen wie Angststörungen. Nachteilsausgleiche werden mittlerweile sogar eingeklagt von Eltern – mithilfe von Interessenverbänden.

Dass die Schulen in berechtigten Fällen eine gewisse Unterstützung gewähren sollten, wird auch von Experten nicht bestritten. Und schon gar nicht von den Eltern von Emma und Sophia. Nur se-

1 Namen geändert



hen sie bei ihren Töchtern Nachteile durch einen Nachteilsausgleich. Der Vater sagt: «Unsere Kinder gelten als hochbegabt. Sie machen eine internationale Matur, werden sogar in der Schule als Elite gesehen: Eine Erleichterung wäre darum absurd.»

Die Asperger-Diagnose der Töchter führt dazu, dass sie Mühe haben, sich mündlich aktiv am Unterricht zu beteiligen. Selbst wenn sie die Antworten wüssten, was meistens der Fall ist. Der älteren Tochter, Sophia, fällt es noch etwas schwerer als der Schwester, sich zu konzentrieren. Die Eltern sagen, dass sich dies vor allem dann zeige, wenn sie etwas stark beschäftige. Etwa, wenn sie verliebt sei. Dass das einen Teenager ablenkt, ist normal. Doch warum sollte Sophia, fragt die Mutter, einen Vorteil in einem Fall erhalten, den viele andere Jugendliche auch durchleben?

Sophia entgegnet, dass sie bei Tests gerne einen Zeitzuschlag bekäme, damit sie sich nicht so gestresst fühle. «Den haben mir meine Lehrer schon oft angeboten.» Sie sagt aber auch: «Ich weiss, dass es einen solchen Bonus im Berufsleben später so nicht mehr geben wird. Und ich will zeigen, dass ich normal arbeiten kann.»

Die Eltern wünschen ihren Töchtern, dass sie lernen, ihre Schüchternheit zu überwinden. Dass sie nicht unterstützt werden, «Sorgen durch eine weniger anspruchsvolle Benotung zu übertünchen, statt das Thema proaktiv anzugehen». Es gebe ja umgekehrt auch keine Beschwerden, dass die Töchter aufgrund ihres hohen Intelligenzquotienten einen Vorteil gegenüber Mitschülern hätten. «Wir wollen für Emma und Sophia faire Einschätzungen, keine Potenzialzeugnisse.»

Übervorteilt werden wollen auch die Töchter nicht. Emma, 16, schreibt noch bessere Noten als ihre Schwester. Sophia nennt sie einen «Lehrerliebling». Einen Nachteilsausgleich lehnt Emma nicht ab, pocht aber auch nicht darauf. Sie sagt: «Was mich stört, ist, dass die Lehrer kein Gespür dafür haben, was die Schülerinnen umtreibt, woran sie möglicherweise leiden. Lieber wird simple Entlastung wie ein Nachteilsausgleich angeboten. Dann muss man sich nicht mehr darum kümmern.» Emma wäre es lieber, wenn sie, die sich nicht gerne aktiv in den Unterricht einbringt, von den Lehrern dazu motiviert würde. «Für mich, die sich in Gesellschaft schnell unter Druck fühlt, käme das besser an als die Kritik im Zeugnis.»

Es sind differenzierte Voten einer Jugendlichen, die wohl weiss, dass ihr ein Nachteilsausgleich nur beschränkt helfen würde, der aber trotzdem manchmal verlockend wäre. Vor allem, wenn er so einfach zu erhalten ist. Auch ihre Schwester, Sophia, sagt: «Ich sehe das Dilemma. Aber ich will auch ein gutes Zeugnis, ein besseres als jetzt vielleicht. Das hilft mir dann, mich zu bewerben, auch wenn ich danach keinen Vorteil mehr erhalte.»

Nachteilsausgleiche werden gewährt, ohne dass sie in Zeugnissen vermerkt werden. Kein Jugendlicher will seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt schmälern, wenn er die Möglichkeit erhält, seine Noten aufzupolieren.

Die Bildungsexpertin Esther Ziegler hält diese Entwicklung für gefährlich. Es drohe eine leistungslose Gesellschaft, sagte sie in einem Interview mit der NZZ. Die Schulen senkten das Niveau, weil sie jedes Defizit, das ein Schüler habe, kompensieren wollten. Die Schule sollte ein Ort sein, an dem man lernen kann, Schwächen aufzuarbeiten, so Ziegler. «Heute passiert das Gegenteil.»



Verdeckte Fördermassnahme

Tatsache ist: An gewissen Schulen erhalten 10, manchmal sogar 20 Prozent der Schüler einen Nachteilsausgleich. In manchen Klassen noch mehr. Tendenz steigend. Und das überall. An Volksschulen, Universitäten, bei Lehrabschlussprüfungen.

Matthias Obrist, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie, sagte in der «NZZ am Sonntag», dass Eltern zunehmend versuchten, «mit Nachteilsausgleichen den Übertritt ins Gymnasium oder in die Sekundarstufe A zu sichern». Der Nachteilsausgleich entwickelte sich zu einer verdeckten Fördermassnahme. «Damit wird das System ad absurdum geführt.»

Aus der Praxis klingt es ähnlich. Der Wert eines Abschlusses werde gefährdet. Auch darum, weil man heute alle Schüler so fördern möchte, dass sie es ans Gymnasium schaffen. Eine Illusion. Esther Ziegler sagt: «Es geht vergessen, was Fakt – und völlig in Ordnung – ist: Von allen Schülern sind 70 Prozent, also die grosse Mehrheit, durchschnittlich begabt. 15 Prozent sind sehr gut, 15 Prozent fallen ab.»

Transparenz gefordert

Dass sich im Bildungswesen etwas verschoben hat, kommt langsam auch in der Wirtschaft und in der Politik an. Unternehmen fragen sich zunehmend: Was sind die Abschlüsse, die wir bei Bewerbungen zu Gesicht bekommen, noch wert? Im Kanton Uri etwa wollen Bürgerliche wissen, was der Nachteilsausgleich für Auswirkungen habe. Auch FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen fordert mehr Transparenz über Sinn und Unsinn dieses Instruments.

Was sich jedoch einmal durchgesetzt hat, ist nur schwer korrigierbar. Als die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich nur die Frist für ein Nachteilsausgleichs-Gesuch verkürzen wollte, gab es Protest von den Studenten. Der Studentenverband rief gar zu Ungehorsam auf. Der «Tages-Anzeiger» titelte: «Unruhe an der Universität Zürich».

Emma und Sophia ist das, im Kleinen natürlich, nicht ganz fremd. Als sie von ihren Lehrern auf die Möglichkeit eines Nachteilsausgleichs aufmerksam gemacht worden seien, sei die Diskussion mit den Eltern zu Beginn «ausgeartet». Es habe richtig «geklöpft». Das war vor rund einem Jahr. Kurz, sagt Sophia, habe sie aufgegeben. Jetzt hat sie ein neues Ziel: die Eltern dazu zu bringen, sich wenigstens zu überlegen, ob ein konkreter Ausgleich akzeptabel wäre. Sie sagt aber auch: «Ich nehme mir den Nachteilsausgleich, wenn Diplomatie nicht fruchtet.» Im kommenden Schuljahr, dem letzten vor der Matur, wird sie 18 Jahre alt. Wer volljährig ist, darf selbst entscheiden.



Sind die Jungen auf dem Land klüger? Städte liegen bei Schulabschlüssen hinten

Tages-Anzeiger, 9. Juni 2026, Politik & Wirtschaft, Fabio Lüdi

Bildung in der Schweiz • Rund 92 Prozent der Jugendlichen hierzulande machen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II. In Zürich, Basel, Bern und Genf ist die Quote tiefer - und sogar innerhalb der Quartiere zeigen sich grosse Unterschiede.

Bund und Kantone haben ein klares Ziel: Sie wollen, dass 95 Prozent der 25-Jährigen über einen Abschluss auf der nachobligatorischen Sekundarstufe II verfügen. Zurzeit hinkt die Schweiz diesem Ziel hinterher. Im Zeitraum 2010 bis 2014 haben landesweit nur 91,7 Prozent der 15- bis 25-Jährigen eine Berufslehre, das Gymnasium oder eine Fachmittelschule abgeschlossen, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern mitteilte.

Es zeigt sich: Auf dem Land liegt die Quote der Abschlüsse bei fast 95 Prozent und erreicht damit das gesteckte Ziel. Die grossen Städte hingegen liegen teils deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt bei den Abschlüssen auf Sekundarstufe II. So liegt die Quote in Zürich bei 88 Prozent, in Bern bei 90 Prozent und in Basel bei 86 Prozent. Nicht besser sieht es in der Westschweiz und im Tessin aus. Genf kommt auf eine Quote von 82 Prozent, Lausanne auf 84 Prozent und Lugano auf 88 Prozent.

Stadt-Land-Graben

Der Graben zwischen Stadt und Land liegt laut dem BFS an «komplexen sozialen Strukturen». So wohnen in städtischen Gebieten vergleichsweise mehr fremdsprachige Schülerinnen und Schüler, und es gibt mehr einkommensschwache Haushalte.

Das hat Auswirkungen bis auf die einzelnen Quartiere. Denn die Städte präsentieren sich bei den Abschlüssen auf Sekundarstufe II nach innen nicht homogen. So liegt die Quote in Zürich im Quartier Langstrasse bei 80 Prozent, in Fluntern hingegen bei 96 Prozent.

Auch in Basel gibt es grosse Unterschiede: Das Quartier Bachletten verzeichnet eine Abschlussquote von 92 Prozent, das Quartier Matthäus eine von 80 Prozent. In Bern weist das Quartier Bethlehem laut den BFS-Daten eine Quote von 86 Prozent auf, in der Berner Altstadt sind es 96 Prozent.

Die Unterschiede sind laut dem BFS auf die Bevölkerungsstruktur in den Quartieren zurückzuführen. Wohnen weniger Menschen im Alter von 25 bis 64 Jahren ohne Abschluss auf Sekundarstufe II dort, machen auch weniger Jugendliche einen solchen Abschluss. Zudem kann es in Quartieren mit «sehr hohem Einkommen» dazu kommen, dass Jugendliche Abschlüsse an Privatschulen machen, die dem BFS nicht gemeldet werden. «Dies könnte die niedrigen Quoten erklären, die in bestimmten Gemeinden oder Stadtteilen zu beobachten sind», schreibt das Bundesamt.

Unterschiede bei der Matura

Das BFS hat im gleichen Zeitraum auch die Maturaabschlüsse untersucht. Insgesamt haben demnach schweizweit rund 42 Prozent der Jugendlichen eine gymnasiale, berufliche oder eine Fachmaturität erworben. In der Westschweiz und im Tessin hat die Hälfte der 15- bis 25-Jährigen eine Ma-



tura vorzuweisen. In der Deutschschweiz ist der Wert tiefer. Auch bei der Maturität zeigen sich innerhalb der Kantone und Gemeinden teils starke Unterschiede.

Das BFS bezeichnet den Abschluss auf Sekundarstufe II und den Maturitätsabschluss als zwei «Schlüsselindikatoren» des Bildungssystems in der Schweiz. Dazu konkret: «Der Erwerb eines Abschlusses der Sekundarstufe II stellt die Mindestvoraussetzung für den Zugang zu den meisten Berufen dar und ermöglicht eine dauerhafte berufliche Eingliederung.»

Fabio Lüdi

Anleitung zum Porno für Primarschüler

Weltwoche, 4. Juni 2026, Philipp Gut

St. Galler Anklagekammer gibt klagendem Schüler recht. Staatsanwalt muss Verfahren gegen Sexlobbyistin weiterführen

Der Fall, über den die Weltwoche berichtet hatte, beschäftigt die Gerichte im Kanton St. Gallen. Eine Lobbyistin der Fachstelle für Aids- und Sexualfragen kam in eine fünfte Primarklasse in Bütschwil-Ganterschwil mit zehn- und elfjährigen Kindern und überschritt dort Grenzen – wogegen ein betroffener Schüler klagte.

Die «Fachfrau» sprach über Samenspende und die in der Schweiz verbotene Leihmutterschaft. Die Kinder mussten Kärtchen legen von einem heterosexuellen und einem lesbischen Paar, von der ersten Begegnung bis zum Geschlechtsverkehr. Die Lobbyistin zeigte ihnen einen 3-D-Penis sowie eine Scheide aus Stoff, stülpte vor den Zehn- und Elfjährigen ein Kondom über den Penis, welches die Kinder auch anfassen konnten. Sie sagte, Pornos zu schauen sei ab einem gewissen Alter normal, und zeigte ihnen eine Internetseite, wo sie «die richtige Kondomgrösse für ihren Penis» herausfinden könnten, wie es in den Gerichtsakten heisst.

Weiter steht darin: «Die Inhalte um gleichgeschlechtliche Paare, wie diese und heterosexuelle Paare den Geschlechtsverkehr vollziehen sowie die diversen Hinweise auf den Gebrauch von Kondomen und Pornografie» hätten den Knaben «verwirrt und in seiner sexuellen Entwicklung nachhaltig gestört». Er sei im Unterricht in sexuelle Handlungen einbezogen worden, die er «weder gewollt noch gesucht habe».

Die Staatsanwaltschaft des Kantons St. Gallen, Untersuchungsamt Gossau, nahm die Anzeige dennoch nicht anhand und stellte das Verfahren gegen die Sexlobbyistin ein. Nun hat die Anklagekammer, die Berufungsinstanz, dem Schüler mit Entscheid vom 28. Mai 2026 teilweise recht gegeben und seine Beschwerde gegen die Nichtanhandnahme gutgeheissen und diese aufgehoben. Der Fall wird zur Eröffnung eines Strafverfahrens gegen die Mitarbeiterin der Fachstelle an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Rechtsanwältin Nicole Burger, die den Primarschüler und dessen Eltern mit finanzieller Unterstützung des Lehrernetzwerks Schweiz juristisch vertritt, zeigt sich erfreut über den Etappensieg. Es sei



ein «wichtiges Zeichen» für den Schutz von Minderjährigen vor einer nicht altersgemässen Konfrontation mit sexuellen und pornografischen Inhalten unter dem Deckmantel der Aufklärung.

Schulsport: Obligatorium soll gestrichen werden

Tages-Anzeiger, 8. Juni 2026, Politik & Wirtschaft

Bundesgesetz Die Schule und ihre Fächer sind Hoheitsgebiet der Kantone. Es gibt dabei allerdings eine Ausnahme - das Turnen. Der Bund schreibt im Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung seit 2010 vor: Mindestens drei Lektionen Bewegung pro Woche sind obligatorisch. Turnen ist damit das einzige Fach, das von der Primarschule an von allen besucht werden muss. Vertreter von Bund und Kantonen wollen das Obligatorium jetzt kippen. Ein erster Zwischenbericht aus dem zuständigen Finanzdepartement liegt vor: Die Pflicht soll ersatzlos aus dem Gesetz gestrichen werden. Weil die Kantone den Sportunterricht selber finanzierten, sollten sie auch darüber entscheiden können. Es steckt aber noch etwas anderes dahinter: Fällt das Obligatorium, würde manche klamme Gemeinde entlastet, weil sie dann keine Turnhalle mehr bauen müsste, so das Kalkül der Abschaffer. Kritiker befürchten eine Chancenungleichheit zwischen den Kantonen und negative Folgen für die Gesundheit der Kinder. (red)

Das Ende des Lehrmittelmonopols

NZZ, 9. Juni 2026, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach

Der Kantonsrat stimmt einer sachten Liberalisierung zu

«Young World» – eine Englisch-Lehrmittel-Reihe für Schülerinnen und Schüler ab der dritten Primarklasse – hat sich offenbar durchgesetzt. Sie gilt als benutzerfreundlich. Eine Panorama-Doppelseite eröffnet das jeweilige Thema. «Es folgen Spiele, Lieder, Geschichten und Gedichte», schreibt ein Anbieter im Internet. Die Kinder sollen mit diesen Büchern «authentischer Sprache» begegnen und zum Beispiel lernen, wie man Geburtstag und Weihnachten in verschiedenen englischsprachigen Ländern feiert.

Man kann im Internet sogar – ganz altmodisch – Karteikarten samt passenden Boxen aus Karton beziehen. Und: Die Schülerversion von «Young World» kann man mehrfach benutzen: «Die Aufgaben sind so angelegt, dass die Schülerinnen und Schüler die Seiten betrachten, lesen und Hörverständnisaufgaben bearbeiten, aber nicht ins Buch hineinschreiben», heisst es dazu im Internet.

«Young World» wird vom Lehrmittelverlag Klett und Balmer herausgegeben. Der staatseigene Lehrmittelverlag Zürich (LMVZ) hätte eigentlich ein eigenes Englischbuch für Primarschüler im Angebot: «Explorers». Auch dazu finden sich schöne Beschreibungen im Internet, zum Beispiel folgende: «Stufengerechte Themen knüpfen an die Lebenswelt der Kinder an, bieten spannende



Auseinandersetzung mit neuem Sprachmaterial und erschliessen die englischsprachige Welt in ihrer Vielfalt.»

Schwachstelle ausgemerzt

Doch die Wahrheit hinter diesen Phrasen lautet: «Young World» ist bei Schülern und Lehrerinnen beliebt. «Explorers» ist es nicht. Daher wird die «Young World»-Reihe mittlerweile ganz offiziell auch vom Zürcher Lehrmittelverlag angeboten und vertrieben. Das war offenbar nicht immer so. Wie gut informierte Kreise auf Anfrage der NZZ bestätigen, hat der LMVZ vor ein paar Jahren auf die schlechten Noten für «Explorers» reagiert und das einstige Konkurrenzprodukt «Young World» kurzerhand ins «eigene» Angebot aufgenommen.

Mit anderen Worten: Der Staatsverlag hat eine Schwachstelle mit einem fremden Produkt ausgemerzt – und sich so seine Monopolstellung im Englischunterricht an Zürcher Primarschulen auf Jahre hinaus gesichert. Eine eigentümliche Situation.

Seltsam war oder ist auch folgende Legende, die man sich unter Primarlehrern erzählt: Man bestellt die vorgeschriebenen – aus Erfahrung wenig zufriedenstellenden – Schulbücher, verstaut sie unbe-nutzt im Schrank und arbeitet stattdessen mit coolen Büchern und Online-Versionen, die man er-laubterweise als «Zusatzmaterial» beziehen kann. Perestroika durch die Hintertür in Zürcher Schul-zimmern, sozusagen, da viele Lehrerinnen und Lehrer mit dem Unterrichtsmaterial von Väterchen Staat mitunter einfach nicht zufrieden waren.

Eine parlamentarische Initiative unter Federführung des Zürcher FDP-Kantonsrats Marc Bourgeois will das ändern. Der Vorstoss will das faktische Lehrmittelobligatorium durch eine sogenannte ge-leitete Lehrmittelfreiheit ersetzen. Statt bestimmte Materialien – wie nachgerade jene des Zürcher Lehrmittelverlags – für den Unterricht an Zürcher Primar- und Sekundarschulen vorzuschreiben, soll der Bildungsrat künftig eine Lehrmittelliste erlassen, aus der Lehrer und Schulleitungen die für sie passenden Titel auswählen können.

Die Bücher auf dieser Liste haben geeignet, auf den Zürcher Lehrplan ausgerichtet, methodisch hochwertig, praxistauglich sowie zu marktüblichen Preisen verfügbar zu sein, wie es im Gesetzent-wurf heisst, über den der Kantonsrat am Montag beraten hat. Der Bildungsrat soll Lehrmittel auf dieser Liste zwar weiterhin für obligatorisch erklären können. Hinzu kommt jedoch eine weitere Kategorie: jene der «alternativ-obligatorischen» Schulbücher.

Ein Erbe Alfred Eschers

In einem anderen Punkt jedoch ist Bourgeois' Vorstoss konsequent: In der Lehrmittelkommission, die die Lehrmittellisten zu erstellen hat, soll der Zürcher Lehrmittelverlag künftig nicht mehr vertre-ten sein. Der Verlag brauche keinen Heimatschutz. Man müsse seine Produkte nicht zur Pflichtlek-türe erklären. Und: Der LMVZ brauche den Markt nicht zu fürchten, erklärte Bourgeois.

Vom Argument der Linken im Rat, dass der Zürcher Lehrmittelverlag mit seiner Initiative mit einem Umsatzminus von 25 Prozent zu rechnen habe, liess sich Bourgeois ebenfalls nicht aus der Ruhe bringen: «Das würde höchstens bedeuten, dass 25 Prozent der Zürcher Volksschullehrer mit man-chen Büchern des LMVZ nicht zufrieden sind und andere Materialien bevorzugen» – und das wäre ein gutes Zeichen, konterte der vielgescholtene Kantonsrat der FDP.



Bourgeois hatte auch Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) gegen sich. Sie erinnerte genüsslich daran, dass der Zürcher Lehrmittelverlag 1851 vom damaligen Erziehungsdirektor Alfred Escher gegründet worden sei. «Meines Wissens ist das die einzige Institution von Escher, die es heute noch gibt.» Ein Stich ins Herz aller früheren CS- beziehungsweise SKA-Kunden.

Allein, es nutzte nichts. SVP, FDP und GLP setzten sich durch. Der Kantonsrat stimmte der Liberalisierung der Lehrmittelbeschaffung zu, mit 98 zu 75 Stimmen. Künftige Schülergenerationen werden also hoffentlich mit den besten Materialien lernen dürfen. Und nicht per se mit vorgeschriebenen.